

tierung. Es werde deutlich gemacht, daß Politik für alte Menschen mehr sein müsse als Sicherung des Rentensystems. Im übrigen bewertete Blüm den Text als einen „bedeutsamen Beitrag zu einem breiten Konsens in der Rentenpolitik“. Die SPD-Bundesgeschäftsführerin *Anke Fuchs* erklärte, die politisch Verantwortlichen, die die Strukturreform vorzubereiten hätten,

wären gut beraten, wenn sie die zentralen Anliegen der Denkschrift in ihre Überlegungen einbeziehen würden. Die Gefahr, daß ein solcher Text nach den pflichtgemäßen Stellungnahmen bei seiner Veröffentlichung in Politik und Öffentlichkeit wieder sehr schnell zu den Akten gelegt wird, besteht allerdings auch bei dieser EKD-Denkschrift. *U. R.*

Namen eines Laizismus, den es eigentlich schon gar nicht mehr geben konnte; und die Rechte würde die Bischöfe am liebsten in die Sakristei zurückdrängen, um dann im Namen dessen, was *sie* Christentum und Katholizismus nennt, um so ungehinderter operieren zu können (vgl. HK, November 1987, 518 f.). Die Amtszeit von Vilnet war schließlich die Zeit, in der die französische Kirche massiv zu spüren bekam, in welchem Ausmaß das Christentum im Bewußtsein der Franzosen einen Bedeutungsverlust erlitten hat – auch als kultureller Faktor.

## Frankreich: Verändert sich das Staat-Kirche-Verhältnis?

Der Wechsel im Amt des Vorsitzenden einer Bischofskonferenz ist naturgemäß ein Zeitpunkt, der dazu angetan ist, sich Rechenschaft zu geben über die Lage der Kirche eines Landes, wichtige Entwicklungen während der Amtszeit des scheidenden Vorsitzenden resümierend herauszuarbeiten und ausstehende Problemlagen, die der Nachfolger als Hypothek übernimmt, auf den Punkt zu bringen.

Genau dies tat Bischof *Jean Vilnet* von Lille, als er bei der Vollversammlung der französischen Bischofskonferenz in Lourdes (vgl. HK, Dezember 1987, 600 f.) in seiner vielbeachteten letzten Ansprache als Vorsitzender auf die Rolle einging, die die katholische Kirche in seinem Land spielt bzw. – wenn die Voraussetzungen dementsprechend wären – spielen könnte (vollständiger Text in: *Documentation Catholique*, 6. 12. 87, S. 1127–1130).

### Die „letzte Schlacht“ eines überholten Laizismus

Es ging dabei weniger um einen Versuch, das Verhältnis von Katholizismus und moderner säkularer Gesellschaft erneut zur Diskussion zu stellen, wie dies in vielen Industrieländern der nördlichen Hemisphäre zu geschehen pflegt, sondern um eine Standortbestimmung von Christen-

tum, Katholizismus und Kirche unter den *speziellen französischen* Bedingungen, die bestimmt sind von der inzwischen de facto zwar abgemilderten, aber in den Denk- und Verhaltensstrukturen der französischen Gesellschaft tief verankerten Trennung von Kirche und Staat auf der Basis des Trennungsgesetzes von 1905.

Berufen, sich zu dieser Frage zu äußern, war Bischof Vilnet schon deshalb, weil kaum eine Problemstellung so kennzeichnend ist für seine zurückliegende insgesamt sechsjährige Amtszeit als Vorsitzender der Bischofskonferenz. In seine Zeit fiel die „letzte Schlacht“ des traditionellen französischen Laizismus (vgl. *René Rémond*, in: HK, Mai 1986, 225): der Streit um die Unabhängigkeit der privaten, zumeist *katholischen Schulen* des Landes. Es war die Zeit einer verstärkten Debatte über eine Reihe zentraler sozioethischer und innerfranzösisch überaus kontrovers diskutierter Fragen wie die sittliche Legitimität der *Atombewaffnung*, neue Entwicklungen in der *Fortpflanzungsbiologie*, die Haltung in der *Ausländer- und Asylantenfrage* u. a.

In allen diesen Fragen spielte die französische Kirche eine größere Rolle, als manchen übriggebliebenen Laizisten auf der Rechten wie auf der Linken ins Konzept paßt: Die Linke, 1981 – im Jahr der ersten Wahl von Vilnet – an die Macht gekommen, verrannte sich in den Schulstreit im

Wenn Vilnet daher in seiner Ansprache vor der Bischofskonferenz eine *latente Marginalisierung von Christentum und Kirche* in der französischen Gesellschaft beklagte, die es zu überwinden gelte, ging es ihm um zweierlei: um den Versuch, den *Bedeutungsverlust* wettzumachen, und um das Bemühen, Christentum und Kirche den Platz in der französischen Gesellschaft eingeräumt zu sehen, den sie zum Wohl der Gesamtgesellschaft auch ausfüllen kann.

### Toleranz nicht mit Gleichgültigkeit verwechseln

So sehr Vilnet einerseits auf dem Recht von Christen beharrt, auch „kollektiv“ im Namen des Evangeliums in der Gesellschaft ihres Landes sich bemerkbar zu machen, sich zu Wort zu melden, Verantwortung wahrzunehmen, war er doch zugleich bemüht, dem möglichen Verdacht entgegenzutreten, es handele sich dabei lediglich um einen Rückfall in neointegralistische Denkschemata: Die Erinnerung an das Verständnis des Konzils von der richtig verstandenen „Autonomie der irdischen Wirklichkeiten“ („*Gaudium et spes*“, Nr. 36) war bei ihm mehr als nur eine Pflichtübung. Im übrigen konnte und wollte er hinter eine legitime innerkirchliche Pluralität in diesen Fragen nicht zurück, auch wenn er die Grenzen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund entsprechender Erfahrungen

auf den verschiedensten Seiten des französischen politischen Spektrums – ebenso entschieden wie auslegungsbedürftig markierte: Pluralität ja, aber soweit „sich diese verträgt mit einer Treue zum Evangelium bzw. fortdauernden Bemühen um Evangeliumsmäßigkeit“.

Vilnet entwarf einen betont *gemeinschaftlichen* Begriff von gesellschaftlichem „Zusammenleben“. Er tat dies mit einer zweifachen Stoßrichtung: gegen ein allzu konkurrenzbetontes Gesellschaftsbild ebenso wie gleichgültige Distanz der Gesellschaft gegenüber. Er sehe die Gefahr, daß man zu schnell Toleranz nenne, was in Wirklichkeit „Gleichgültigkeit“ sei. Es bestehe eine unübersehbare Kluft zwischen einem prinzipiellen Festhalten an der Demokratie einerseits und der tatsächlichen demokratischen Praxis andererseits. Die Möglichkeiten einer Informations- und Kommunikationsgesellschaft gelte es zu nutzen, indem man sich bemühe, eine Gesellschaft des – im guten Sinne – Miteinander-Streitens („une vraie société de débat“) zu schaffen. Damit dürfte Vilnet auch möglichen Einwänden entgegengetreten sein, bei seinem Vorstoß handele es sich doch nur um einen neuerlichen Versuch, ein klerikales Eigeninteresse kirchlicher Kreise zu verschleiern.

## Gewandelter Laizitätsbegriff

Wenn die Kirche in diese Auseinandersetzung eintrete, dann nicht, so Vilnet, um die Debatte zu beenden. Im Gegenteil! Angesichts eines verschärften Pluralismus benötige die Gesellschaft mehr und mehr alle Einzelgruppen. In dieser Situation könne die Kirche nicht schweigen und ihr Wort nur im „halbvertraulichen“ Rahmen sagen. Immerhin stelle das Christentum einen „wertvollen und unveräußerlichen Bestandteil der Identität des französischen Volkes“ dar.

Im letzten zielte Vilnet auf eine Reform auch des institutionellen Rahmens des Miteinanders von Kirche und Staat in Frankreich. Vilnet gestand zu, daß es dem französischen

Modell der Trennung von Staat und Kirche darum gehe, „Übergriffe“ religiöser Instanzen und Einrichtungen, vor allem der katholischen Kirche, auf das öffentliche Leben zu vermeiden. Zu den ethischen und gesellschaftlichen Problemen, wie sie sich gegenwärtig stellen, könne die Kirche sehr wohl Wesentliches beitragen. Damit aber eine entsprechende Zusammenarbeit in der Gesamtgesellschaft bei der Lösung der Fragen möglich werde, brauche es mehr als „gegenseitiges Nicht-Wahrnehmen“ oder bloß „wohlwollende Neutralität“. Als Beispiele nannte Vilnet Fragen der Bioethik, die Einwandererfrage, die Regelung der Schulzeiten.

Vilnet dürfte es bei seinen Vorschlägen keineswegs um die Forderung nach einer Abschaffung der Trennung von Staat und Kirche gegangen sein. Allenfalls um die Möglichkeit einer stärkeren Zusammenarbeit in verschiedenen Sachfragen mit ethischem Hintergrund, die aber durch einen gesetzlichen Rahmen garantiert sein müssen. Um zu verdeutlichen, worum es dabei geht: Aufgrund des französischen Systems der Staat-Kirche-Trennung ist es der Kirche bisher zum Beispiel nicht möglich, in der nationalen Ethikkommission mitzuwirken (vgl. *Le Monde*, 10.11.87).

Wie widersprüchlich die Beziehungen von Kirche und Staat in Frankreich diesbezüglich heute sind, zeigte unlängst René Rémond in einem Beitrag für die Zeitschrift „*Incroyance et Foi*“ (Nr. 43, Herbst 1987): Einerseits gehe der französische Staat von einer Laizität aus, die sich hütet, auch nur anzuerkennen, daß es so etwas wie religiöse Wahrheit überhaupt gebe, andererseits bestünde eine Fülle von Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Während beispielsweise noch in den 30er Jahren religiöse Sendungen im Hörfunk im Namen dieser Laizität untersagt waren, seien solche heute vom Staat für die staatlichen Rundfunkanstalten verpflichtend. Rémond spricht sich deshalb für eine *Anpassung der Gesetzgebung* an den gewandelten Laizitätsbegriff aus: Die Kirche stelle keine Gefahr mehr für die Unabhängigkeit des Staates dar und

der staatliche Antiklerikalismus habe keine Existenzberechtigung mehr.

Die Frage ist, ob es nach einer jahrzehntelangen „*laïcité exclusive*“ bald zu einer nicht nur de facto praktizierten, sondern auch de jure verankerten „*laïcité ouverte*“ in Frankreich kommen wird (vgl. *Yves-Marie Congar, Entretiens d'automne*, Paris 1987, 37f.). Gerade von kirchlicher Seite wird auf die große Bedeutung hingewiesen, die Christentum und Kirche für die Herausbildung der französischen und darüber hinaus die gesamte romanische Kultur gehabt haben. Auch im Streit um die mögliche Verlegung der Schulstunden der Primarschulen auf den für den Religionsunterricht freigehaltenen Mittwoch (vgl. *HK*, Oktober 1987, 499f.) ist dieses Argument zu hören: Eine Beeinträchtigung dieses (außerschulischen) Religionsunterrichts stelle nicht nur eine Benachteiligung für eine Sondergruppe dar, sondern schade letztlich dem allen *gemeinsamen Erbe einer christlich geprägten Kultur*.

## Mangel an weltanschaulich-religiöser Reflexion

Der Begriff der „*laïcité ouverte*“ spielte im übrigen auch an ganz anderer Stelle schon eine Rolle – in der *Diskussion über das Sektenproblem*. Bereits der Sektenbericht des sozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung, *Alain Vivien*, wies in diese Richtung (vgl. *HK*, Februar 1986, 84ff.). Aufgeschreckt durch religiöse Entwicklungen außerhalb der christlichen Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften (Jugendsekten), stellte Vivien einen *Mangel an Konfrontation mit und an Reflexion über religiöse und philosophische Weltanschauungen* in seinem Land fest und forderte entsprechende Veränderungen im Schulsystem. Die Laizität, so Vivien, sei zu einer bloßen Neutralität geworden. Durch diese Vernachlässigung der zum Menschen gehörenden „metaphysischen Dimension“ habe man den religiösen Bewegungen zusätzliche Entfaltungsmöglichkeiten geboten. K. N.